

## Kommentar

## Unis erster und zweiter Klasse

Jürgen Amendt über tatsächliche und angebliche Gleichheit im universitären Sektor

Vor mehr als 45 Jahren war es ein sozialdemokratischer Kanzler, der mit der Losung »Mehr Demokratie wagen« nicht nur eine außen- und innenpolitische, sondern auch eine bildungspolitische Aussage verband. Und es ging Willy Brandt und den Architekten der sozialliberalen Koalition nicht nur um die Öffnung der Universitäten für die Kinder nicht-akademischer Herkunft; auch die Hochschulen selbst sollten in dem Sinne demokratischer werden, dass die Standesunterschiede zwischen ihnen – etwa zwischen Universitäten und Fachhochschulen – abgebaut werden.

In der Folgezeit gab es eine Reihe von Reformen, neue Hochschulen wie beispielsweise die Gesamthochschulen wurden gegründet und zumindest formal ist heute das Studium an der Universität A in X-Stadt dem der Hochschule B in Y-Stadt gleichgestellt.

In Wirklichkeit war auch hier nie gleich, was für gleich erklärt wurde. So wie Gesamtschulen für die Kinder des arrierten Bürgertums immer nur zweite Wahl waren und sind, gab und gibt es Universitäten erster und zweiter Klasse. Unter der Hand weiß man, welche Universität man meiden und welche man fürs Studium auswählen sollte, wenn man Führungspositionen in Wirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft anstrebt. Und dies nicht, weil Forschung und Lehre an diesen Unis besonders gut wären, sondern weil ein Studium dort den Eintritt in Netzwerk verspricht, die die nachuniversitäre Karriere begünstigen. Die richtige Entscheidung zahlt sich später aus: in gesteigertem Prestige und in einem höheren Einkommen. Der vielzitierten »Gleichheits-Lüge« saßen vor allem jene auf, die über dieses »Geheimwissen« nicht verfügten, die keine Eltern hatten, die ihnen dieses »kulturelle Kapital« vererben konnten.

Vor elf Jahren hat ebenfalls ein sozialdemokratischer Kanzler diese »Gleichheits-Lüge« beerdigt. Seitdem entwickelt sich das hiesige universitäre System zu einem, in dem es auch offiziell wieder Unis erster und zweiter Klasse gibt. Gerhard Schröder versprach damals »Leuchttürme der Wissenschaft«. Im Schatten dieser Leuchttürme ist ein akademisches Prekariat entstanden, das sich auf schlecht dotierten, mit Drittmitteln finanzierten Stellen verdingen muss. Ach ja: mehr Nobelpreise, wie 2005 von den Befürwortern der Exzellenzinitiative erwartet, hat es für deutsche Unis bislang auch nicht gegeben.

## Bildungslexikon

**US-Hochschulen**, die; Substantiv, feminin. Als Mutterland der Elite-Unis gelten die USA, wobei Bildung dort eher pragmatisch als als Selbstbildung im Humboldtschen Sinne verstanden wird. Sie finanzieren sich über Studiengebühren, Stiftungen, staatliche Zuschüsse oder sind an der Börse aktiv. Die Trägerschaft ist sowohl privat als auch öffentlich.

Elite-Unis wie Harvard oder Yale steht eine Vielzahl von staatlichen, meist schlechter finanzierten Unis gegenüber. Unterschiede gibt es auch bei den Abschlüssen. Es gibt Universitäten, die mit dem Master oder Doktor enden, Colleges, die in vier Jahren zu einem berufsqualifizierenden Abschluss (Bachelor) führen, und Community Colleges, die eine zweijährige Ausbildung mit überwiegend beruflicher Ausrichtung anbieten. tgn



Foto: imago/Pemax

## Spitze statt Breite

Die Empfehlungen der Kommission zur Evaluierung der Exzellenzinitiative werden die Ungleichheit im universitären System weiter verstärken. Von Manfred Ronzheimer

Deutschland sucht die Super-Uni«, lautete eine der Schlagzeilen, als die SPD 2005 auf einer Klausur die von der Unternehmensberatung McKinsey inspirierte Idee eines Besten-Wettbewerbs unter den deutschen Hochschulen kreierte. Schon mutig, bedeutete es doch den Abschied von der Gleichheitslüge in der Hochschulpolitik: Alle Unis seien gleichwertig.

Für zehn Jahre wurde dann unter dem Namen »Exzellenzinitiative« von der Politik – vor allem aus Bundesmitteln – zusätzliches Geld in Milliardenhöhe ins Wissenschaftssystem gepumpt und dort von Wissenschaftsorganisationen nach wissenschaftsgeleiteten Kriterien verteilt. So entstanden drei Förderlinien: die Graduiertenkollegs für Doktoranden zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, die Exzellenzcluster für innovative Forschungsthemen und die Zukunftskonzepte der »Elite-Unis«, in denen sie ihren Kurs in den Zustand der Exzellenz beschreiben.

Was bei dieser Großoperation herauskam, sollte eine von dem Schweizer Physiker Dieter Imboden geleitete zehnköpfige Kommission im Auftrag der »Gemeinsamen Wissenschaftskommission« (GWK) von Bund

und Ländern bewerten. Das Fazit des überwiegend aus ausländischen Wissenschaftlern bestehenden Gremiums: Die Exzellenzinitiative hat sich gelohnt, weil sie »eine neue Dynamik in das deutsche Universitätssystem gebracht« habe. Insgesamt macht die Kommission sieben als »Baustellen« bezeichnete Problemfelder der deutschen Wissenschaftslandschaft aus: die »universitäre Differenzierung«, die »Governance« der Universitäten, die Qualität der Lehre in Verbindung mit den Studierendenzahlen, der wissenschaftliche Nachwuchs, die Einbettung der Universitäten in das Wissenschaftssystem sowie die Internationalisierung. Für die Erreichung wirklicher Exzellenz in der Spitzenforschung seien aber nur zwei Baustellen von ausschlaggebender Bedeutung: Differenzierung und Governance, betont Imboden in den zahlreichen Diskussionen, zu denen er derzeit eingeladen wird. Spitze statt Breite, ist seine Devise.

In gleicher Weise hierarchisch wird auch der inneruniversitäre Leitungsprozess und Führungsstil, die »Governance« der Hochschulleitung, verstanden. Die Durchsetzungskraft der Uni-Spitze soll gestärkt werde, zu Lasten der kollegialen Gremienstrukturen. Die Notwendigkeit einer starken Präsidialebene hat sich für die Imbo-

den-Kommission auch im Verlauf der Exzellenzinitiative in einem speziellen Aspekt verdeutlicht: Die mit Millionen summen ausgestatteten Exzellenzcluster, die mit ihren interdisziplinären Themen häufig quer zu den klassischen Fakultätsstrukturen liegen, können sich »zu eigenen Forschungsimperien innerhalb der Uni-

*Die Exzellenzinitiative verschleiert die chronische Unterfinanzierung des gesamten Hochschulsystems.*

versität entwickeln«, wie es Imboden kritisch formuliert.

Die Empfehlungen der Imboden-Kommission lassen eine deutliche Tendenz erkennen. Die Politik soll sich laut Kommission auf zwei Indikatoren zur Leistungsbewertung beschränken: die Einwerbung von Drittmitteln und der Publikationsindex. Auf diese Weise könnten die zehn leistungsfähigsten Universitäten in Deutschland ermittelt werden.

Die Vorschläge stießen bisher auf unterschiedliche Resonanz. Im Wissenschafts-Establishment wurde vor

allem eine Bestätigung der bisherigen Exzellenzpolitik herausgelesen. Kritik an der Eliten-Ausrichtung kommt dagegen aus dem akademischen Betrieb. Die Wissenschaftssoziologin Dagmar Simon vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung vermisste in einer Bundestags-Anhörung eine stärkere Berücksichtigung der »horizontalen Differenzierung«, bei der auch die gesellschaftliche Verantwortung der Hochschulen mit in die Bewertung gelange.

Schärfster Kritiker der Imboden-Empfehlungen war in der Bundestagsrunde Torsten Bultmann von der Vereinigung demokratischer Wissenschaftler (BdWi). Weder werde eine praktikable Lösung für den wissenschaftlichen Nachwuchs mit unsicherer universitärer Karriereperspektive angeboten noch die chronische Unterfinanzierung des gesamten Hochschulsystems in Angriff genommen. Die Exzellenzinitiative stellt daher für Bultmann keinen »für alle offenen wissenschaftlichen Wettbewerb mit gleichen Chancen« dar, sondern vielmehr »eine Legitimation für ungleiche Geldkonzentration«. Die gesamte Exzellenz-Operation diene weniger der Verbesserung der Wissenschaft als dezidiert politischen Intentionen. Bultmann: »Es soll offenbar innerhalb recht kurzer Zeit ein

neuartiges, in »Exzellenz« und »Masse« aufgespaltenes Universitätssystem synthetisch konstruiert werden.«

Nächste Etappen sind die Zustimmung der Bundesländer in Form einer Vereinbarung der Ministerpräsidenten mit dem Bund und auf Ebene der Wissenschaftsminister ein Beschluss der GWK noch vor der Sommerpause. Im Schweinsgalopp will die Wissenschaftspolitik die Konsequenzen aus den Imboden-Empfehlungen ziehen und die dritte Stufe der Exzellenzinitiative vorbereiten.

»Wir haben keine Zeit zu verlieren«, mahnte der hochschulpolitische Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag, Michael Kretschmer. Man wisse nicht, wie lange noch die jetzige Bereitschaft der Politik anhalte, die Wissenschaft so großzügig zu unterstützen. Die »Schuldenbremse« in den Bundesländern wirft ihre Schatten voraus.

Gegen diese Hektik in der Wissenschaftspolitik hatte sich Dieter Imboden im Januar deutlich ausgesprochen und für eine Verschiebung der Phase III geworben, um mehr Denkzeit für die künftige Struktur zu gewinnen. Doch daran will sich in der Politik niemand halten. Die Entschleunigung dürfte daher der erste Vorschlag der Imboden-Kommission sein, der verworfen wird.

## Bildungsrauschen

## Internationales Ranking

Als 1999 von den europäischen Bildungsministern der sogenannte Bologna-Prozess beschlossen wurde, ging es um eine europäische Öffnung und Vergleichbarkeit des Hochschulsystems. Ziel war es, dass der Wirtschaftsraum Europa international wieder eine wichtige Rolle erhält. Folglich mussten Forschung und Bildung zu sogenannten Global Players werden. Ein Baustein hierfür ist die für Deutschland ausgewiesene Exzellenzinitiative. Auf Grundlage definierter Förderrichtlinien erhalten seit 2005/2006 Universitäten unter anderem Anreize, sich im in-

ternationalen Ranking zu behaupten.

Laut dem in London erscheinenden Fachblatt für Hochschulbildung, [timeshighereducation.com](http://timeshighereducation.com), das auch für »The Times Higher World University Rankings« (THE) verantwortlich ist, befinden sich unter den besten hundert Universitäten der Welt derzeit neun deutsche Hochschulen. Angeführt wird der deutschlandinterne Vergleich von der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU, international Platz 29), gefolgt von der Universität Heidelberg (37) und der Humboldt

Universität Berlin (53). Die Schlusslichter bilden die Universität Bonn (94) und die Universität Göttingen (99). Im europaweiten Vergleich liegt die LMU auf Platz 10.

Um die ersten zehn Plätze auf der Weltrangliste kämpfen bis auf die ETH Zürich (9) ausschließlich Eliteuniversitäten aus Großbritannien und den USA. Auf den ersten drei Plätzen rangieren das California Institute of Technology (Caltech, USA), die University of Oxford (Großbritannien) und die Stanford University (USA). In der Ranking-Industrie gelten neben dem THE die »QS Top Universities« ([topuniversities.com](http://topuniversities.com)), die »CWTS Meaningful metrics« ([cwts.nl](http://cwts.nl)) und das »Akademische Ranking of World Universities« (ARWU, [shanghairanking.com](http://shanghairanking.com)) zu den führenden Institutionen; für den

deutschsprachigen Bereich ist es das Centrum für Hochschulentwicklung (CHE, [che.de](http://che.de)). Eine gute Übersicht über alle Rankingsysteme bietet [universityrankings.ch](http://universityrankings.ch).

Als wohl umfangreichstes Ranking gilt die von ARWU entwickelte Liste. Seit 2003 wird es jährlich durch das Center for World-Class Universities (CWCU) der Shanghai Jiao Tong University in China durchgeführt. Die Hochschulen werden nach sechs Indikatoren bewertet, so nach der Anzahl der Absolventen, der Nobelpreisträger und der Träger der Mathematik Fields-Medaille, der Anzahl der Veröffentlichungen in der Wissenschaftszeitschrift »Nature and Science« sowie der indizierten Artikel im »Web of Science« (Zitationsdatenbanken betrieben von dem US-Medienkonzern Thomson Reuters).

Hier setzt die Kritik des von der Bertelsmann-Stiftung 1994 gegründeten CHE an. Es gebe ein zu hohes Gewicht an Zeitschriftenaufsätze im »Web of Science«, was zu einer »Wettbewerbsverzerrung zu Gunsten von englischsprachig naturwissenschaftlich ausgerichteten Universitäten« führe. Sprachliche und geisteswissenschaftliche Forschung habe so das Nachsehen. Zudem würden in dem Ranking des ARWU nationale Besonderheiten wie die in Deutschland praktizierte außeruniversitäre Forschung kaum Berücksichtigung finden. Nicht zuletzt werde aufgrund der langen Beobachtungszeiträume zwischen historischer und gegenwärtiger Forschungsleistung ungenügend differenziert, so dass Neugründungen geringere Chancen hätten. Lena Tietgen